

Parteien und politische Strömungen im Deutschen Kaiserreich

■ Anfänge von Parteien in Deutschland

- während der Revolution von 1848/49
- als politische Klubs
- ohne feste Organisation
- im Kaiserreich Entwicklung von lockeren Honoratiorenvereinigungen zu fest organisierten Parteien

■ Parteien im deutschen Reichstag

• Deutsche Fortschrittspartei

- gegründet 1861, Abspaltung der Nationalliberalen 1866
- ab 1866 Beschränkung auf linksliberale Positionen (Parlamentarisierung, Sozialpolitik)
- Wähler: städtisches Bürgertum
- bedeutende Persönlichkeiten: Rudolf Virchow (1821-1902)
Theodor Mommsen (1817-1903)
Friedrich Naumann (1860-1919)

• Nationalliberale Partei

- Abspaltung von der Fortschrittspartei (1866)
- Unterstützung von Bismarcks Politik
- Wähler: Besitz- und Bildungsbürgertum, Industrielle
- bedeutende Persönlichkeit: Rudolf von Bennigsen (1824-1902)

• Konservative Partei

- ursprünglich Ablehnung der Reichseinigung, Misstrauen gegen Bismarck
- Stärkung der Monarchie, gegen Parlamentarismus
- Dominanz im Osten Preußens (adlige Großgrundbesitzer, ländliche Bevölkerung, Großbürgertum)
- 1876 Neugründung als „Deutschkonservative Partei“

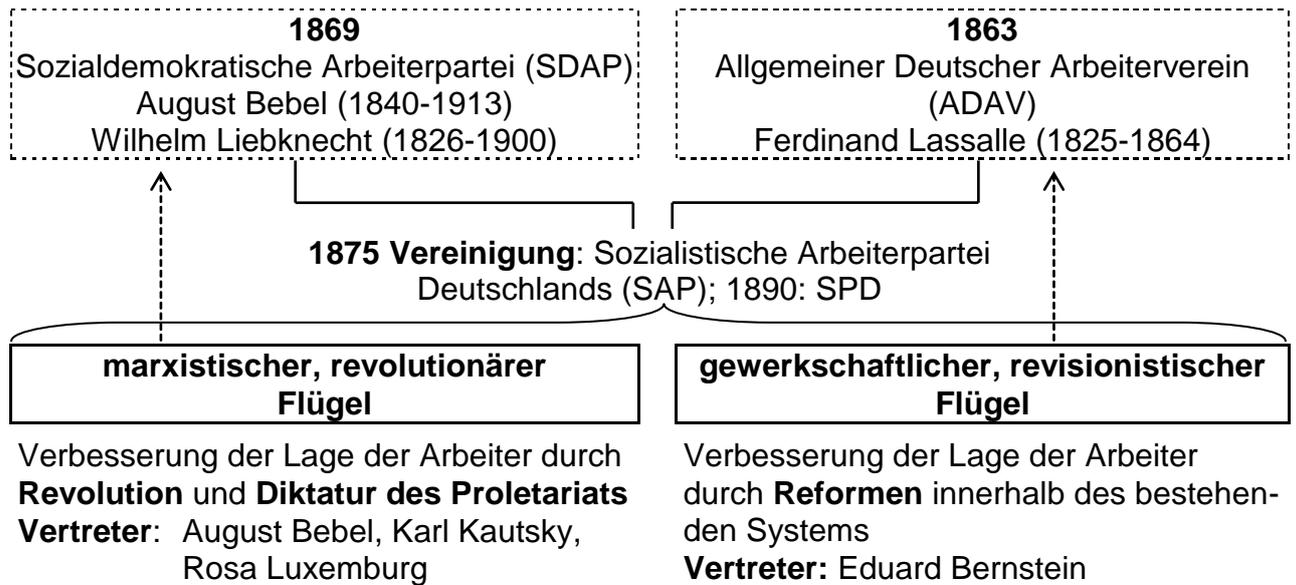
• Freikonservative Partei

- Trennung von der Konservativen Partei 1867
- Unterstützung Bismarcks
- bedeutende Persönlichkeit: Otto von Manteuffel (1805-1882)

• Zentrum

- gegründet 1870
- Partei des politischen Katholizismus
- Wähler aus allen katholischen Gesellschaftsschichten
- verschiedene politische Richtungen (konservativ, liberal, sozial), antipreußische Tendenz
- bedeutende Persönlichkeit: Ludwig Windthorst (1812-1891)

• **Sozialdemokratische Partei**



- Wähler: **Industriearbeiter**
- Fundamentalopposition zum politischen und gesellschaftlichen System des Kaiserreichs
- **Forderungen:** Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Arbeiterschutzgesetze, staatliche Sozialversicherung
- allmähliches Auseinandertreten von radikalem, marxistischem Parteiprogramm und gemäßigter, revisionistischer Praxis
- dabei allmähliche **Durchsetzung der reformistischen revisionistischen Praxis**

Politische Strömungen bzw. Ideologien

Liberalismus

- im 19. Jh. dominante politische Strömung, hervorgegangen aus der **Aufklärung**
- **Hauptforderungen**
 - Streben nach **Freiheit** und **Rechtsgleichheit** des Individuums (Menschenrechte, Gewaltenteilung)
 - **nationale Selbstbestimmung und Einheit**
 - **freie Marktwirtschaft** ohne staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Schranken (Laissez-faire-Prinzip)
 - **Bürgertum** als soziale Grundlage

Konservatismus

- geistig-politische Grundrichtung, die sich die **Erhaltung überlieferter Institutionen und Wertvorstellungen** zum Ziel setzt, was deren Anpassung an veränderte Verhältnisse einschließen kann

Sozialismus

- Reaktion auf das Elend der Unterschichten während der Industrialisierung
- Forderung nach **Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln** und deren **Sozialisierung**, also Überführung in genossenschaftliches oder Staatseigentum, dabei staatliche Lenkung der Produktion (Planwirtschaft)
- theoretische Basis: Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels (**Marxismus**)
 - Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, Revolution des Proletariats
 - Diktatur des Proletariats zur Herbeiführung des Sozialismus
 - Ziel: klassenlose Gesellschaft im Kommunismus ohne Privateigentum

Der Kulturkampf

■ Kirche und Staat: allgemeine Entwicklung im 19. Jahrhundert

• Modernisierung durch Liberalismus und Industrialisierung

- ↓ → zunehmende Entfremdung zwischen Kirche und Staat
↓ → Säkularisierung des geistigen und politischen Lebens

• Reaktion der katholischen Kirche

- **Syllabus errorum** (1864): Verzeichnis von „Zeitirrtümern“ (z. B. Liberalismus, Unabhängigkeit der Vernunft gegenüber den kirchlichen Glaubenslehren, Verweltlichung der Schule, Zivilehe, Ehescheidung)
- Verkündung des **Infallibilitätsdogma** auf dem Vatikanischen Konzil (1870): Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittendingen → Abspaltung der Altkatholiken, die das Infallibilitätsdogma ablehnen
- Gründung von **Parteien** des politischen Katholizismus

Forderung nach Oberhoheit des Papstes im kirchlichen und weltlichen Leben („Ultramontanismus“)

■ Situation in Deutschland

- **Deutsches Reich:** Dominanz des Protestantismus im preußisch geführten kleindeutschen Reich
- **Preußen:** katholische Minderheit, z. T. polnischer Nationalität
- **Liberalismus** als antiklerikale und nationale (Nationalstaat) Weltanschauung
- Gründung der **Zentrumspartei** (1870) als Partei des politischen Katholizismus

Konfliktlage

- Zentrumspartei aus Bismarcks Sicht als „Reichsfeinde“
- römisch dominiert (Bismarck: „Nach Canossa gehen wir nicht!“)
 - Opposition gegen Preußen
 - Verbindung katholischer mit nationalpolnischen Interessen im Osten Preußens

■ Maßnahmen und Gesetze [mit Unterstützung seitens der Liberalen]

1871 **Kanzelparagraph:** Verbot politischer Äußerungen auf der Kanzel

1872 **Jesuitengesetz:** Verbot des Jesuitenordens

1872 **Schulaufsichtsgesetz:** Unterstellung aller Schulen unter staatliche Schulaufsicht

1873 **Maigesetze:** Staatsaufsicht über die Priesterausbildung, Erfordernis eines „Kultur-examens“ für Geistliche – passiver Widerstand seitens der katholischen Kirche mit Zwangsmaßnahmen des Staates beantwortet

1874 Einführung der **Zivilehe** in Preußen, 1875 im Reich

1875 „**Brotkorbgesetz**“: keine staatlichen Zahlungen an die Kirche

1875 **Klostergesetz:** Verbot fast aller Orden

1875 **Expatriierungsgesetz:** Ausweisung illoyaler Geistlicher

■ Beilegung des Kulturkampfes

- Erkenntnis der **Wirkungslosigkeit** bei Bismarck →
- **Milderungsgesetze** (1880-1883) und **Friedensgesetze** (1886/1887) mildern oder beenden einige Maßnahmen
- Zusammenhang mit dem Ende von Bismarcks Zusammenarbeit mit den Liberalen – ab **1878 Politikwechsel** in Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei

* Ergebnisse und Bedeutung

- **Scheitern** des Kulturkampfes
 - Stärkung und Festigung der Zentrumspartei
 - Bildung eines geschlossenen katholischen Milieus
- **Fortwirken** einiger Kulturkampfgesetze: staatliche Schulaufsicht, Zivilehe, Kanzelparagraph

Die innenpolitische Wende 1878/1879

■ Allgemeine Tendenz

- **bis 1877 Zusammenarbeit Bismarcks mit den Liberalen** (Zweckbündnis des Konservativen Bismarck mit der deutschen Nationalbewegung)
 - Vereinheitlichung durch Währungs- und Münzreform (1871 Mark als Währungseinheit, 1873 Übergang zum Goldstandard, 1875 Gründung der Reichsbank)
 - Vereinheitlichung des Zivilrechts ab 1873 (Inkrafttreten des BGB im Jahr 1900)
 - Konflikt mit den Konservativen, die die deutsche Reichsgründung zunächst ablehnten (bis 1876)
 - Beendigung des Kulturkampfes um 1878
- **1878/79 Bruch mit den Liberalen** → wechselnde Mehrheiten im Reichstag nach Bedarf
 - Zusammenarbeit mit den Konservativen und dem Zentrum
 - Bekämpfung der Sozialdemokratie (jedoch Zustimmung der Nationalliberalen zum Sozialistengesetz)
 - Schutzzollpolitik und staatliche Sozialpolitik widersprachen liberalen Idealen von wirtschaftlichem und sozialem Individualismus

■ Sozialistengesetz (1878)

- **Ursache:** Sozialdemokraten nach Ansicht Bismarcks als „Reichsfeinde“
 - internationaler Charakter
 - revolutionäre Zielsetzung – Gefährdung des monarchischen Charakters des Reiches
- **Anlass:** 2 Attentate auf Kaiser Wilhelm I., der beim 2. Attentat schwer verletzt wurde (jedoch kein Zusammenhang zwischen Attentaten und SPD)
- **Inhalt:**
 - Verbot aller sozialdemokratischen und kommunistischen Vereine und Versammlungen
 - Verbot aller sozialistischen Druckschriften
 - Gültigkeit: 2 Jahre, jedoch regelmäßige Verlängerung durch den Reichstag bis 1890
- **Bedeutung:**
 - Überschätzung der sozialistischen Revolutionsgefahr durch Bismarck
 - Sonderstrafrecht für politische Überzeugung → Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien
 - Zustimmung der Nationalliberalen im Reichstag: Konflikt zwischen Sozialistenfurcht und Preisgabe rechtsstaatlicher Ideale
 - Misserfolg – weiterhin Anwachsen der Anhängerschaft, da u. a. weiterhin Sozialisten in den Reichstag gewählt werden konnten (Mehrheitswahlrecht mit Wahl einer Person, nicht einer Partei)

■ Schutzzollpolitik

- bis 1877 Dominanz des Freihandels (liberale Wirtschaftsdoktrin – Vorbild Großbritanniens)
 - jedoch **Wirtschaftskrise** ab 1873 (vor allem Eisenindustrie, auch Landwirtschaft durch Konkurrenz billigen Getreides aus Russland und den USA)
 - 1879 Übergang zur Schutzzollpolitik (wirtschaftspolitischer Protektionismus)
 - Schutz von Industrie und Landwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz
 - Vermehrung der Reichseinnahmen durch Zölle → größere finanzielle Unabhängigkeit von den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten → Finanzierung der geplanten Sozialpolitik
 - **Bedeutung:** Übergang zum modernen **Interventionsstaat** (Schaffung von wirtschaftlichem Wachstum, Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit), also **Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf Wirtschaft und Gesellschaft** (= Widerspruch zur liberalen Doktrin staatlicher Zurückhaltung), dabei Bündnis mit den aufkommenden Interessenverbänden
- Entstehung von Interessenverbänden**

 - Centralverband Deutscher Industrieller (1876)
 - Bund der Landwirte 1893 (Dominanz der ostelbischen Großagrarier)
- ★ **Bedeutung:** innenpolitischer Kurswechsel (z. T. auch als „konservative Wende“ bezeichnet, aber wissenschaftlich umstritten) – Abkehr vom Liberalismus

Die Sozialpolitik

■ Ausgangslage

- **sozial:** fehlende Absicherung der Arbeiterschaft bei Krankheit, Unfällen, Invalidität, Alter (bisher nur private und kirchliche Hilfsorganisationen sowie kommunale Armenfürsorge)
- **politisch:** Erstarben der Sozialdemokratie

■ Motive Bismarcks

- Kampf gegen die **Revolution** → Erhaltung des monarchisch-obrigkeitlichen Staats
- Schaffung einer **Loyalität** zum monarchischen Staat → Legitimierung des Systems durch soziale Sicherung (ursprünglich geplante ausschließliche staatliche Finanzierung jedoch nicht im Reichstag durchsetzbar)

■ Durchführung

- **Kaiserliche Botschaft (1881):** Ankündigung eines Sozialversicherungssystems
- **Versicherungen**

Versicherung	Beiträge	Leistungen
Krankenversicherung (1883)	2/3 vom Versicherten, 1/3 vom Arbeitgeber	ärztliche Behandlung und Medizin, Krankenhauskosten; Krankengeld ab 3. Tag für 13 Wochen
Unfallversicherung (1884)	vom Arbeitgeber	Heilungskosten
Alters- und Invaliditäts- versicherung (1889)	je zur Hälfte von Arbeit- geber und Arbeitnehmer zusätzlich ein Reichs- zuschuss	Invalidenrente bei Erwerbs- unfähigkeit; Altersrente ab dem 70. Lebens- jahr und nach 30 Beitragsjahren

■ Prinzipien

- Versicherungen für **Arbeiter**
- **Zwangsversicherungen**
- Versicherungen als **öffentlich-rechtliche Einrichtungen** mit Selbstverwaltung (also weder rein staatlich noch rein privat)
- somit Staat als Garant der Sozialversicherung
- Beteiligung des Staates an der Finanzierung (jedoch Abschwächung durch den Reichstag)

■ Wirkung / Bedeutung

- Deutschland als **Vorreiter der staatlichen Sozialpolitik** – Beginn des Sozialstaats, Staat als Mitgestalter der Gesellschaft
- somit **etatistische Tradition:** Verpflichtung des Staates, für das Wohlergehen zu sorgen (Tradition des obrigkeitlich-patriarchalischen Wohlfahrtsstaates)
- Sozialversicherungen als Teil des **Übergangs zum modernen Interventionsstaat**
- jedoch **keine Dezimierung der Sozialdemokratie**
- und keine Versöhnung der Arbeiterschaft mit Staat und Gesellschaft
- Kampf gegen die Sozialdemokratie oft als „Zuckerbrot und Peitsche“ (Sozialversicherungen und Sozialistengesetz) bezeichnet

☒ **Insgesamt:** **Scheitern** der politischen Intention Bismarcks,
aber **Erfolg** der sozialen Auswirkung

Grundlinien deutscher Außenpolitik in der Bismarck-Zeit

■ Wandel der Machtverhältnisse in Europa durch die (klein)deutsche Reichsgründung

- Entstehung eines **neuen starken Machtfaktors**
- in der Mitte Europas
- mit (aufgrund seiner wirtschaftlichen und militärischen Kraft) latent **halbhegemonialer Stellung**
- somit vom schwächsten zum stärksten Teil der Pentarchie
→ evtl. Zerstörung des Mächtegleichgewichts in Europa (Disraeli: Reichsgründung als Revolution)
- somit **Ziel deutscher Außenpolitik: Existenzsicherung und Friedenswahrung** (Erklärung Bismarcks: „**Deutschland ist saturiert**“, hat also keine Ansprüche mehr.)

Pentarchie

Bezeichnung für das Fünfmächtesystem ca. 1750 - 1914

- Großbritannien
- Frankreich
- Russland
- Österreich
- Preußen bzw. Deutschland

■ Internationale Rivalitäten und Konfliktlagen

- **Frankreich** als potentieller **Dauergegner Deutschlands**
 - Revanchebedürfnis Frankreichs nach der Niederlage 1871 und der Abtretung Elsass-Lothringens
- **Österreich-Ungarn**
 - Schwäche durch seine Struktur als Vielvölkerstaat
 - kulturelle Verbundenheit mit Deutschland trotz der Niederlage 1866
 - Südosteuropa („Balkan“) als verstärktes Betätigungsfeld → Konflikt mit Russland
- **Großbritannien**
 - Weltmacht mit bedeutenden Kolonien → Interesse am Gleichgewicht in Europa (Balance of Power)
 - Sicherung des Seeweges Großbritanniens nach Indien (Stützpunktsystem mit Gibraltar, Malta, Zypern, Ägypten [Suezkanal], Aden)
- Machtpolitische und koloniale **Rivalität zwischen Großbritannien und Russland**
 - Streben Russlands zu den Weltmeeren (Mittelmeer und Indischer Ozean)
 - somit Drang Russlands aus dem Schwarzen Meer durch die Meerengen Bosphorus und Dardanellen bei Konstantinopel ins Mittelmeer
 - und Drang Russlands über Afghanistan Richtung Britisch-Indien
- Problematisches Verhältnis zwischen **Deutschland und Russland**
 - zwar wohlwollende Neutralität Russlands bei der kleindeutschen Reichsgründung
 - doch stärker werdende Aversion in Russland gegen das starke Deutschland, auch im Zuge des entstehenden Panlawismus mit dem Ziel einer Hegemonie über die Slawen Südosteuropas

■ Konkrete Auswirkungen in den 1870er Jahren

- **Drei-Kaiser-Abkommen** (1873): Abkommen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland über gegenseitige Konsultationen bei einer Krise
- **„Krieg in Sicht“-Krise** (1875)
 - Reform und Verstärkung des Heeres in Frankreich → Druck Deutschlands zur Rücknahme (Zeitungsartikel: „Ist Krieg in Sicht?“)
 - jedoch Unterstützung Frankreichs durch Großbritannien und Russland
 - Erkenntnis: Schwächung Frankreichs wird von Großbritannien und Russland nicht zugelassen → Erfordernis: Sicherung des Gleichgewichts der Mächte
- **Kissinger Diktat** (1877): Grundgedanken Bismarcks über die deutsche Außenpolitik
 - Mittellage Deutschlands → Alpdruck möglicher Bündnisse gegen Deutschland („cauchemar des coalitions“)
 - somit Erfordernis einer deutschen Außenpolitik, die sich die Gegensätze der europäischen Großmächte zunutze macht
 - und dadurch Deutschland für alle (außer Frankreich) als Partner anbietet

☒ Folge: **Entstehung eines komplizierten Bündnissystems**

Der Berliner Kongress 1878

■ Orientkrise (1875-1878) mit Russisch-Türkischem Krieg (1877-1878)

- Auslöser: Aufstand in Bosnien und der Herzegowina gegen die Herrschaft der Osmanen
- Ausweitung
 - Eingreifen von Serbien und Montenegro
 - **Eingreifen Russlands** (Idee des Panslawismus): Russisch-Türkischer Krieg 1877-1878 – russischer Sieg (legendäre Schlachten am Schipka-Pass 1877/1878)
- **Friede von San Stefano** (Vorort von Konstantinopel) 1878: **Schaffung eines von Russland abhängigen großbulgarischen Staates**
- **Auswirkung**
 - großer Einfluss Russlands auf dem Balkan → starker Machtgewinn Russlands (Zielrichtung Meerengen → Mittelmeer)
 - Großbritannien sieht seine Stellung im Mittelmeer bedroht
 - Österreich-Ungarn sieht seine Stellung in Südosteuropa bedroht } Gefahr eines Krieges

Panslawismus: Einheitsstreben aller slawischen Völker

- kultureller Panslawismus: Zusammengehörigkeitsbewusstsein durch Gemeinsamkeiten in Sprache und Kultur
- politischer Panslawismus: Vereinigung der Slawen unter Führung Russlands
- ☞ Slawen
 - Westslawen: Polen, Tschechen, Slowaken
 - Südslawen: Slowenen, Kroaten, Serben, Bulgaren, Mazedonier
 - Ostslawen: Russen, Weißrussen, Ukrainer

■ Berliner Kongress (1878) zur Regelung der Streitfragen

- Bismarck als Vermittler (Selbstbezeichnung als „ehrlcher Makler“) → Steigerung des Ansehens
- **Ergebnisse**: umfassende Neuregelung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel
 - Unabhängigkeit für Serbien, Montenegro und Rumänien
 - Bulgarien wird nur vom Osmanischen Reich abhängiges Fürstentum
 - Russland erhält das südliche Bessarabien von Rumänien
 - Österreich-Ungarn erhält die Besetzung und Verwaltung von **Bosnien-Herzegowina** sowie des Sandschak Novipasar, die beide nominell beim Osmanischen Reich bleiben (→ langfristig Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn)
 - Großbritannien erhält Zypern als wichtigen Stützpunkt
- **Bedeutung**
 - ☒ **Machtminderung Russlands** → Abkühlung des deutsch-russischen Verhältnisses („Ohrfeigenbrief“ des russischen Zaren), auch durch deutsche Schutzzollpolitik (→ Ende des Drei-Kaiser-Abkommens von 1873)
 - ☒ **Verschärfung der Rivalität zwischen Österreich-Ungarn und Russland** auf dem Balkan
 - ☒ Balkanprobleme führen zum **Ersten Weltkrieg**

Die Balkanfrage

Balkan = Gebirge in Bulgarien, aber auch Synonym für Südosteuropa (ohne Ungarn) [„Balkanhalbinsel“] und seine Probleme im 19. und 20. Jahrhundert

- jahrhundertelange Zugehörigkeit zum Osmanischen Reich (15.-19. Jh.)
 - nationalstaatliches Unabhängigkeitsstreben der christlichen Balkanvölker (Griechen, Serben, Bulgaren, Rumänen)
 - dabei Versuch von Österreich-Ungarn und Russland, ihren Einflussbereich zu vergrößern
 - Österreich-Ungarn: neue Zielsetzung nach dem Herausdrängen aus Deutschland 1866
 - Russland: Zielrichtung Meerengen – Mittelmeer (Streben nach Zugang zu den Weltmeeren)
- Panslawismus

Das Bündnissystem Bismarcks (1879-1890)

■ Ausgangslage

- Mittellage Deutschlands in Europa → Sicherung Deutschlands erforderlich, dabei Dauerkonflikt mit Frankreich (vgl. Kissinger Diktat)
- Erfordernis eines Bündnissystems, das Deutschland als Partner für alle Großmächte außer Frankreich möglich macht, dabei Ausnutzung der vielfältigen Konflikte der europäischen Großmächte

■ Bündnisse

- **Zweibund** (1879-1918) zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn
 - gegenseitige Hilfe bei russischem Angriff
 - wohlwollende Neutralität bei Angriff einer anderen Macht
 - nationale und kulturelle Affinität beider Staaten

} Defensivallianz gegen Russland
- **Dreikaiserbündnis** (1881-1886)
 - wohlwollende Neutralität bei Krieg mit einer vierten Macht
 - Zweck: Kontrolle der Rivalität zwischen Österreich-Ungarn und Russland; Blockierung eines Bündnisses zwischen Frankreich u. Russland
 - Nachfolgebund des Drei-Kaiser-Abkommens von 1873 – Folge des Zweibundes mit dessen drohender Isolierung Russlands, auch ideologische Gemeinsamkeit der konservativen Ostmächte
 - jedoch gewisser Widerspruch zum Zweibund
 - Zerbrechen 1886 am Konflikt um Bulgarien, das auf eine antirussische Politik einschwenkte

} Defensivallianz trotz Konflikten
- **Dreibund** (1882) zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien
 - Anlass: französische Kolonialexpansion in Tunis (1881)
 - Unterstützung bei einem Angriff Frankreichs, sonst gegenseitige Neutralität
 - Konfliktproblematik zwischen Österreich und Italien: Trentino (Welschtirol), Triest, Istrien (Irredenta = Bewegung zur Gewinnung italienischer Gebiete außerhalb Italiens)
 - Erweiterung durch Rumänien (1883)

} Defensivallianz zur Isolierung Frankreichs
Erweiterung des Zweibundes
- **Mittelmeerabkommen / Orientdreibund** (1887-1895) zwischen Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn
 - kein Vertrag, sondern geheimer Notenaustausch
 - Verständigung über die Aufrechterhaltung des Status quo im östlichen Mittelmeerraum
 - somit Tendenz gegen Russlands Bestrebungen auf dem Balkan

} indirekte Anbindung Großbritanniens an den Dreibund
- **Rückversicherungsvertrag** (1887-1890) zwischen Deutschland und Russland (geheim)
 - Neutralität bei Angriffen seitens Österreich-Ungarn bzw. Frankreich
 - Unterstützung Deutschlands für Russlands Bestrebungen an den Meerengen (→ Widerspruch zu Dreibund und Mittelmeerabkommen)

} Verhinderung eines Bündnisses Russland – Frankreich

* Ergebnisse

- klares **defensives Bündnissystem** mit zwei Komplexen
 - Dreikaiserbündnis (Kooperation Österreich-Ungarn – Russland mit antibritischer Tendenz) bzw. Rückversicherungsvertrag (prorussische Tendenz)
 - Zweibund, Dreibund, Mittelmeerabkommen: antirussische u. antifranzösische Tendenz
- **Spannungsverhältnis** zwischen den Verträgen mit Österreich-Ungarn und den Verträgen mit Russland
- Verbindung Deutschlands mit allen anderen Großmächten Europas außer Frankreich

Bismarcks Kolonialpolitik

■ Erwerbungen

Kolonien in **Afrika** (Südwestafrika 1884, Togo 1884, Kamerun 1884, Ostafrika 1885): zunächst Inbesitznahme durch Privatpersonen, anschließend **Schutzbriefe** durch das Deutsche Reich

Imperialismus (ca. 1880-1914): Zeitalter der Expansion durch Kolonialerwerb, besonders Wettlauf um Kolonien in Afrika („Scramble for Africa“)

■ Grundsatz: prinzipiell: Ablehnung

- europäische Probleme sind wichtiger
- realpolitisch nicht lohnend

aber: Schutz für deutschen Handel (als staatliche Pflicht)

■ Motive:

außenpolitisch

- Versuch einer **kolonialpolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich** (Ministerpräsident J. Ferry)
 - Begünstigung der französischen Kolonialambitionen
 - dadurch Ablenkung von der Elsass-Lothringen-Frage
 - Verstärkung des englisch-französischen Gegensatzes
- (vorübergehende) **Konfrontation gegen England** soll zu deutsch-englischem Arrangement führen

innenpolitisch

- öffentliche Meinung (Kolonialbegeisterung)
- Schwächung der Opposition
- Überwindung von Wirtschaftskrisen durch Belebung der Konjunktur: Förderung des Außenhandels durch Gewinnung neuer überseeischer Absatz- und Investitionsgebiete

Stabilisierung der Herrschaft, Ablenkung der inneren Spannungen nach außen

Gewichtung? Dominanz der Außenpolitik ↔ Dominanz der Innenpolitik



- ☒ Bismarcks Motive wohl überwiegend **außenpolitisch-taktischer** Natur: Nutzung eines **günstigen Zeitpunkts** für ein Experiment, dabei **Kolonialerwerb nur als taktisches Mittel** gegenüber Frankreich und England



Wehlers Theorie des Sozialimperialismus
Imperialistische Expansion als Ablenkung von inneren Problemen → Stabilisierung der bestehenden Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (Zurückdrängung gesellschaftlicher Probleme durch Erzeugung eines nationalen Gemeinschaftsgefühls)

Kongokonferenz 1884/85 in Berlin

- **Problemlage:** Interesse mehrerer Kolonialmächte (Großbritannien, Frankreich, Portugal, Belgien) am Kongo (Kautschuk, Fluss Kongo als Handelsweg)
- Vorsitz: Bismarck → Prestigegegewinn
- Kongo wird Privatbesitz des belgischen Königs (brutale Ausbeutung) – 1908 Übernahme durch den belgischen Staat
- Aufstellung verbindlicher **Verfahrensgrundsätze** für die Okkupation überseeischer Gebiete: offizielle Bekanntmachung, Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung [dagegen bisher häufig: Konflikte durch vage Ansprüche ohne konkreten Inhalt, informelle Hegemonie (v.a. Briten)]

Folge: exakte Grenzlinien statt Grenzzonen

bündnispolitische Bedeutung der Kongokonferenz: Ende der kurzfristigen Kolonialallianz zwischen Deutschland und Frankreich – Hinwendung zu einer england-freundlichen Politik Deutschlands